

**Antrag 04/II/2024****Jusos Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****“Gendern? Ja, aber nicht in meinem Antrag”**

1 Unsere Sprache ist geprägt von einem sexistischen und  
 2 diskriminierenden Sprachgebrauch und Begriffen: FIN-  
 3 TA (Frauen, Inter-, Trans- und Agender Personen sowie  
 4 nicht-binären Menschen) werden sprachlich oft nur mit-  
 5 gemeint, untergeordnet, stereotypisiert und abgewertet.  
 6 Unsere Sprache und wie wir sie nutzen, ist somit ein maß-  
 7 geblicher Faktor, wie wir uns und die Personen in unse-  
 8 rem Umfeld wahrnehmen. Auf diese Weise werden Geschlechtsidentitäten und -normen geprägt, aber auch re-  
 9 produziert. Das sog. Gender-Sternchen verdeutlicht dabei  
 10 anders als Formen (wie das Binnen-I oder die sog. ‚Gendergap‘) die Vielfältigkeit der Geschlechter, die über eine  
 11 binäre Einteilung hinausgeht. Um Menschen einzuschließen, die sich dem binären Geschlechtssystem nicht zuord-  
 12 nen können oder wollen, werden wir in unseren öffentlichkeitswirksamen als auch parteiinternen Schriften mit  
 13 Sternchen (Genoss\*in) oder mit dem Partizip (z.B. Studierende) gendern.

14  
 15  
 16  
 17  
 18  
 19  
 20 Die SPD versteht sich als feministische Partei, die ihre Grundsätze leben und in die Tat umsetzen will. Die  
 21 Verwendung geschlechtergerechter Sprache in unseren  
 22 Anträgen und Debattenbeiträgen muss dabei selbstver-  
 23 ständlicher Bestandteil unserer Diskussionskultur sein.

24  
 25  
 26 Daher verpflichten wir uns dazu, dass:  
 27 • Anträge zu Landesparteitagen und Kreisdelegierten-  
 28 versammlungen durchgehend in geschlechter-  
 29 gerechter Sprache vorliegen müssen und  
 30 • Anträge, die dem Landesparteitag oder der Kreisde-  
 31 legiertenversammlung nicht in geschlechtergerechter  
 32 Sprache vorliegen, solange nicht beraten werden,  
 33 bis sie durch die Antragssteller\*innen in geschlechtergerechter Sprache vorgelegt werden.

34  
 35  
 36 Diesem Umgang verpflichten wir uns ab dem Jahr 2025.  
 37 Notwendige Verfahrensregelungen werden wir für künftige  
 38 Landesparteitage entsprechend anpassen.

39  
 40  
 41  
 42  
 43  
 44

**Änderungsvorschlag zu A 4 von Svenja und Matthias:**

Unsere Sprache ist geprägt von einem sexistischen und diskriminierenden Sprachgebrauch und Begriffen: FIN-  
 TA (Frauen, Inter-, Trans- und Agender Personen sowie nicht-binären Menschen) werden sprachlich oft nur mit-  
 gemeint, untergeordnet, stereotypisiert und abgewertet. Unsere Sprache und wie wir sie nutzen, ist somit ein maß-  
 geblicher Faktor, wie wir uns und die Personen in unserem Umfeld wahrnehmen. Auf diese Weise werden Geschlechtsidentitäten und -normen geprägt, aber auch re-  
 produziert. Das sog. Gender-Sternchen verdeutlicht dabei anders als Formen (wie das Binnen-I oder die sog. ‚Gendergap‘) die Vielfältigkeit der Geschlechter, die über eine  
 binäre Einteilung hinausgeht. Um Menschen einzuschließen, die sich dem binären Geschlechtssystem nicht zuord-  
 nen können oder wollen, werden wir in unseren öffentlichkeitswirksamen als auch parteiinternen Schriften mit  
 Sternchen (Genoss\*in) oder mit dem Partizip (z.B. Studierende) gendern.

Die SPD versteht sich als feministische Partei, die ihre Grundsätze leben und in die Tat umsetzen will. Die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in unseren  
 Anträgen und Debattenbeiträgen muss dabei selbstver-  
 ständlicher Bestandteil unserer Diskussionskultur sein.

Daher verpflichten wir uns dazu, dass:

- **Anträge zu Landesparteitagen und Kreisdelegiertenversammlungen durchgehend in geschlechtergerechter Sprache vorgelegt werden sollen und auch nur in geschlechtergerechter Sprache veröffentlicht werden.**
- **Anträge, die dem Landesparteitag oder der Kreisdelegiertenversammlung nicht in geschlechtergerechter Sprache vorliegen, sind durch die Antragskommissionen der antragsstellenden Gliederungen bzw. der Vorstände der AGen, bzw. der Antragskommission des LPT in geschlechtergerechte Sprache umzuformulieren und erst in der Folge zu behandeln.”**

Diesem Umgang verpflichten wir uns ab dem Jahr 2025. Notwendige Verfahrensregelungen werden wir für künftige Landesparteitage entsprechend anpassen.